

„VERLÄSSLICHE BILDUNGSPOLITIK FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN“

STAND: 11. OKTOBER 2011

1. Aufstieg durch Bildung

Jungen Menschen soll es im Rahmen ihrer Fähigkeiten ermöglicht werden, ein selbstständiges und chancenreiches Leben zu führen und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Gute Bildung legt das Fundament für die Zukunft. Wir gehen dabei von einem ganzheitlichen Menschenbild aus, bei dem jeder Einzelne mit seinen Fähigkeiten im Mittelpunkt steht. Die Teilhabe Aller an Bildung und Ausbildung ist für die CDU ein Gebot der Chancengerechtigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Neben einer breiten Allgemeinbildung soll Schule auch Werte vermitteln und zur Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler beitragen. Wir wollen, dass den Schülerinnen und Schülern möglichst vielfältige Anschlussmöglichkeiten für eine fundierte Bildung eröffnet werden.

Unsere Kernziele für gute Bildung:

- Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik stehen die Schülerinnen und Schüler. Sie sollen Freude am Unterricht haben und möglichst früh entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert und gefordert werden. Bei der Förderung behinderter Kinder steht die Individualität eines jeden Kindes im Mittelpunkt. Kinder mit Migrationshintergrund sollen besser integriert werden. Am Ende der Grundschulzeit sollen alle Kinder lesen können. Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler einen Abschluss erreichen und einen Ausbildungsplatz, einen Studienplatz oder einen weiterführenden Schulplatz finden.
- Wir setzen uns für eine gute Unterrichtsversorgung und eine hohe Qualität des Unterrichts ein. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte, Eltern und Kinder in Kindertagesstätten und Schulen sollen eng zusammenarbeiten. Wir setzen uns ein für eine gute Lehreraus- und -fortbildung ein. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen, insbesondere an sozialen Brennpunkten.
- Qualität hat Vorrang vor Strukturen: Deswegen setzen wir uns ein für eine Kontinuität der von Gymnasien und Regional- und Gemeinschaftsschulen geprägten Schulstrukturen. Wir wollen Ganztagesangebote ausbauen und setzen uns dafür ein, dass Schulabschlüsse und Leistungsnachweise bundesweit vergleichbar werden.

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft insgesamt vor große Aufgaben. Das gilt ganz besonders für die Bildungspolitik. Für unsere Schulen heißt das ganz konkret: Im Jahr 2020 gibt es in Schleswig-Holstein 50.000 Schulkinder weniger. Das bedeutet, dass es in zehn Jahren bei durchschnittlich 25 Kindern pro Klasse rechnerisch 2.500 Schulklassen weniger geben wird.

34 Unsere Bildungspolitik muss sich deshalb neuen Entwicklungen und Herausforderungen stellen,
35 um unser Schulsystem für die kommenden Jahrzehnte fit zu machen:

- 36 1. Die Schülerzahlen werden regional unterschiedlich sinken.
- 37 2. Wir wollen in erreichbarer Nähe alle Bildungsabschlüsse vorhalten.
- 38 3. Unsere Schulabsolventen müssen sowohl im nationalen als auch im internationalen Ver-
39 gleich bestehen.

40 Die CDU stellt sich diesen Herausforderungen offensiv. Dafür gilt es, pragmatische Lösungen zu
41 finden. Die Landespolitik muss Rahmenbedingungen schaffen, um auf diese Herausforderungen
42 passende Lösungen vor Ort zu ermöglichen.

43

44 **1.1 FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND GRUNDSCHULE ALS EINHEIT SEHEN**

45 Geburtenrückgang und Überalterung der Gesellschaft sind eine fortschreitende Entwicklung und
46 verändern das Geschlechter- und Generationenverhältnis. Sie fordern auch die Bildungssysteme
47 heraus. Gesellschaftliche und familiäre Strukturveränderungen und daraus resultierende Heraus-
48 forderungen veranlassen die CDU Schleswig-Holstein, neue Bildungskonzepte in der frühkindli-
49 chen Bildung zu entwickeln. Nach unserer Auffassung stellt Bildung einen sozialen Prozess dar, der
50 von Eltern und Familien sowie Fach- und Lehrkräften gestaltet wird. Ein solches Verständnis von
51 Bildung stellt das Kind in seiner individuellen Entwicklung in den Mittelpunkt, nicht mehr die je-
52 weilige Institution. Folglich ist zu hinterfragen, ob die Organisation des derzeitigen Bildungsver-
53 laufs mit den klassisch gewachsenen Einrichtungen Kita und Grundschule den Anforderungen mo-
54 derner Bildung gerecht werden. Hier gilt es, den vertikalen Bildungsverlauf neu zu ordnen. Die
55 CDU führt hierfür die Bezeichnung Primarbereich ein und wird einen Bildungsleitfaden erstellen,
56 an dem sich sowohl Erzieherinnen und Erzieher, Tagespflegepersonal, Lehrkräfte und auch Eltern
57 orientieren können. Er soll eine Hilfe sein für die Erziehung und Bildung von Kindern.

58 Kindertagesstätten und Grundschulen sollen zukünftig als eine Einheit betrachtet werden. Der
59 Primarbereich legt das Fundament für den Bildungserfolg unserer Kinder.

60

61 Ziele hierbei sind:

- 62 • Jedes Kind soll in seiner Persönlichkeit, seiner Entwicklung und seinen individuellen Lern-
63 voraussetzungen begleitet werden. Krippe, Kita und Grundschule arbeiten institutions-
64 übergreifend und kooperierend. Hierdurch erhalten die Kleinsten bis zur Beendigung der
65 Grundschule eine kontinuierliche und bruchlose Bildungsbiografie.
- 66 • Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte arbeiten Hand in Hand, verzahnen ihre Bil-
67 dungsangebote und verfolgen gemeinsam Bildungsziele. Zu einer verbesserten Teament-
68 wicklung tragen auch gemeinsame Fortbildungen von Erzieherinnen und Erziehern sowie
69 Lehrkräften bei.
- 70 • Qualifizierte Fachkräfte leisten eine wichtige Arbeit in unserer Gesellschaft. Die sich ver-
71 ändernden Anforderungen an das Bildungssystem müssen Eingang finden in die Ausbil-
72 dung der Fachkräfte. Der Primarbereich muss insbesondere auch für männliche Pädagogen
73 attraktiver gestaltet werden.
- 74 • Es ist zunehmend erforderlich, auf den kulturellen und sozialen Hintergrund der Kinder
75 einzugehen. Hierbei ist die Sprachentwicklung ein zentrales Thema. Eine intensive Bil-
76 dungs- und Erziehungspartnerschaft mit dem Elternhaus schafft Voraussetzungen für ge-
77 genseitiges Verständnis und gibt Hilfestellung. Davon sollen die Kinder profitieren.
- 78 • Ein gesundes System braucht eine solide Finanzierung. Das Geflecht der Vielzahl der
79 Finanzierer und Zuschussgeber verhindert eine Transparenz der Finanzierungsströme und
80 -anteile. Eine durchgängige Finanzierung würde Klarheit schaffen und insbesondere den
81 Verwaltungsaufwand auf mehreren Ebenen enorm reduzieren.

82

83 **Grundschule**

- 84 • Die CDU hat durchgesetzt, dass in der Schuleingangsuntersuchung eine Bewertung des
85 Sprachstandes aller Kinder erfolgt. Bei festgestellten Defiziten erhalten die Kinder eine
86 Sprachintensivförderung. Durch die landesweite Erteilung des Fachunterrichts in Englisch
87 in der 3. und 4. Klasse erleichtern wir den Spracherwerb und verbessern die Unterrichts-
88 qualität. Wir stellen erstmalig Mittel für die Schulsozialarbeit an den Grundschulen zur
89 Verfügung, um bereits in den ersten Jahren Erziehungsproblemen entgegenwirken zu kön-
90 nen. Die CDU will in erreichbarer Nähe ein Angebot an Grundschulen gewährleisten, daher
91 haben wir den Schulträgern die Möglichkeit gegeben, auch wieder Grundschulverbände

bilden zu können. Sowohl mit dem Kindertagesstättengesetz als auch mit dem Schulgesetz haben wir die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, durch einen reibungslosen Übergang von den Kindertagesstätten auf die Schulen von Beginn an individuelle Fördermöglichkeiten zu nutzen.

- Kinder brauchen eine Einschätzung ihrer Leistungen und ihres Wissenstands. Sie wollen wissen, wo sie stehen. Deshalb halten wir unsere Forderung nach Leistungszeugnissen aufrecht.

- Einhergehend mit der Einführung von Standards für sonderpädagogischen Förderbedarf sollen Förderzentren für alle Förderbereiche ab der 1. Klasse für eine bestmögliche Förderung sorgen. Dies setzt eine Professionalisierung zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf voraus.

1.2 KONTINUITÄT DER SCHULSTRUKTUREN

Die Schulen in Schleswig-Holstein müssen die Möglichkeit haben, ihre jetzt erarbeiteten Konzepte auch zu leben. Das heißt für uns: Wir stehen für die Kontinuität der jetzt erreichten Schulstrukturen mit den beiden Säulen Gymnasium und Regional- und Gemeinschaftsschulen. Stattdessen wollen wir uns auf die Inhalte von Unterricht und Lehrplänen konzentrieren und die Lehrerbildung an den Bedürfnissen der neuen Schularten ausrichten.

1.3 SELBSTSTÄNDIGE SCHULE

Die CDU Schleswig-Holstein ist davon überzeugt, dass unsere Schulen am besten einschätzen können, wie ihre Schülerinnen und Schüler eine optimale Förderung erhalten und wie diese an ihrer Schule erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Einführung der Selbstständigen Schule ist deshalb ein richtiger Schritt. Wir wollen, dass Schulen Unterricht, Erziehung und Schulleben eigenverantwortlich entwickeln. Insbesondere in den Handlungsfeldern Unterrichts- und Schulentwicklung sowie Organisation werden wir den Schulen mehr Gestaltungsräume geben. Dazu gehört ein System der Qualitätssicherung, das eine interne und externe Evaluation umfasst.

- Wir haben die ersten Schritte zum Bürokratieabbau gemacht, indem z.B. das Ineffiziente Evaluierungsinstrument EVIT und die prophylaktischen Prüfungen an den Schulen eingestellt wurden.

- 122 • Mit dem neuen Schulgesetz entscheiden die Schulen selbstverantwortlich über den Einsatz
123 von Lernplänen, die Vergabe von Noten- oder Berichtszeugnissen oder die Durchführung
124 des jahrgangsübergreifenden Unterrichtes.
- 125 • Zukünftig legen die Schulen in ihren Schulprogrammen verbindlich die pädagogische und
126 organisatorische Ausrichtung ihrer Schule fest.
- 127 • Die Möglichkeit der Wiederholung von Klassenstufen soll erweitert werden und in der
128 Kompetenz der Klassenkonferenzen liegen.
- 129 • Mittel für Weiterbildung und Ermäßigungsstunden sollen von den Schulen selbst verwaltet
130 werden.
- 131 • Schulleitungen sollen bei der Personalplanung und –zuweisung besser eingebunden wer-
132 den.
- 133 • Unter Einbindung der Schulaufsicht wird ein System zur Qualitätssicherung erarbeitet.
- 134 • Um gute Beispiele zu unterstützen, wollen wir einen Schulpreis „Selbstständige Schule“
135 ausschreiben.

136

137

138 **1.4 GYMNASIUM UND REGIONAL- UND GEMEINSCHAFTSSCHULE -** 139 **FESTE BESTANDTEILE IN UNSERER BILDUNGSLANDSCHAFT**

140

141 ***Gymnasium***

142 Die Gymnasien sind tragende Säule unseres Bildungssystems. Unsere Abiturientinnen und Abituri-
143 enten sollen im nationalen und internationalen Vergleich bestehen können.

144 Deshalb sorgt die CDU auch weiterhin dafür, dass das Gymnasium als fester Bestandteil in unserer
145 Bildungslandschaft erhalten bleibt.

146 Wir treten ein für den G8-Bildungsgang an den Gymnasien. Neben der Tatsache, dass Schülerinnen
147 und Schüler durch eine verkürzte Schulzeit eher ins Berufsleben starten können, ist in allen deut-
148 schen Bundesländern und auch in den europäischen Staaten das Abitur nach acht Jahren Standard.

149

150 Durch die Korrekturen an der verfehlten Umsetzung des G8-Bildungsgangs durch die SPD haben
151 wir jetzt die Weichen zu diesem Erfolg gestellt. Die Unterrichtsbelastung in der Orientierungsstufe
152 wurde so verringert, dass die Ganztagsbeschulung auf einen Tag in der Woche reduziert werden
153 kann. Die G8-Gymnasien sind in die Förderung durch das Ganztagserschulprogramm aufgenommen
154 worden. Darüber hinaus haben wir für das Schuljahr 2010/11 180 zusätzliche Planstellen für Gym-
155 nasien bereitgestellt. So werden Doppelbesetzungen für eine intensive Förderung im Unterricht
156 ermöglicht.

157

158 Die genannten Maßnahmen führen insgesamt dazu, dass die Schülerinnen und Schüler im Durch-
159 schnitt 32 Wochenstunden Unterricht haben werden. Für die Oberstufe wurde die Unterrichtsbe-
160 lastung gesenkt. Neben den verpflichtenden Profil gebenden Fächern gibt es eine größere Wahl-
161 freiheit. Deren Ausgestaltung ist Aufgabe der Schule.

162 Die Anzahl der Prüfungsfächer im Abitur wurde auf vier verpflichtende Prüfungsfächer reduziert.
163 Ein fünftes Prüfungsfach ist wahlweise möglich.

164 Die CDU wird:

- 165 • das Gymnasium weiter stärken. Das Gymnasium bleibt der Ort, an dem Schülerinnen und
166 Schüler in einem durchgängigen Bildungsgang durch eine vertiefte allgemeine Bildung auf
167 den Besuch einer Hochschule vorbereitet werden,
- 168 • die Studierfähigkeit unserer Gymnasiastinnen und Gymnasiasten generell erhöhen und
169 Studienabbrüchen erfolgreich entgegenwirken,
- 170 • sich dafür einsetzen, dass auch in G8 Auslandsschuljahre anerkannt werden können.

171

172 ***Regional- und Gemeinschaftsschule***

173

174 Nach den massiven Umstrukturierungen unserer Schullandschaft brauchen unsere Schulen Zeit
175 und Ruhe, um vernünftig arbeiten zu können. Regional- und Gemeinschaftsschulen sollen langfris-
176 tig zu einer Schulart zusammenwachsen, mit dem Ziel, dass die Schülerinnen und Schüler die
177 Chance haben, alle Schulartabschlüsse zu erreichen.

178 Für die Weiterentwicklung haben wir den Schulen weniger zentrale Vorgaben vorgeschrieben. Die
179 bestehenden Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen haben größere organisatorische Freiheit
180 vor Ort und mehr pädagogische Differenzierungsmöglichkeiten. Den unterschiedlichen Leistungs-

fähigkeiten der Schülerinnen und Schülern kann sowohl durch Unterricht in binnendifferenzierter Form als auch in Leistungsgruppen sowie in abschlussbezogenen Klassen entsprochen werden.

- An den Regional- und Gemeinschaftsschulen soll die Einrichtung einer Oberstufe geprüft werden, wenn für diese Oberstufe mindestens eine Zweizügigkeit dauerhaft gewährleistet ist. Dabei ist Voraussetzung, dass bereits bestehende Oberstufen an Gymnasien und berufsbildenden Schulen keine ausreichenden Kapazitäten haben, um diese Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.
- Der Übergang von einer Regional- und Gemeinschaftsschule in die Oberstufe eines Gymnasiums oder einer beruflichen Schule ist reibungsloser zu gestalten.

1.5 SCHULAUF SICHT NEU STRUKTURIEREN

Die CDU setzt sich für den Abbau von doppelten Strukturen in der Schulaufsicht ein. Die obere Schulaufsicht für die schulamtsgebundenen Schulen entfällt, die Kompetenzen werden auf die Schulämter übertragen, die zukünftig als Verbindungsstellen zwischen Ministerium, den Schulen und der Elternschaft agieren und so die Aufgaben der Schulaufsicht bürger- und schulnah wahrnehmen.

Obere Schulaufsicht beschränkt sich auf die Aufsicht beruflicher Schulen und der Gymnasien sowie darauf, grundsätzliche Leitlinien zur Schulentwicklung und Qualitätsverbesserung an Schulen zu entwickeln und umzusetzen und die Schulämter in dienstrechtlichen Fragen zu beraten.

1.6 BILDUNG UND WIRTSCHAFT – EIN MODELL FÜR DIE ZUKUNFT

Junge Menschen brauchen Lebenschancen und die Wirtschaft braucht gut ausgebildete Nachwuchskräfte. Um die Ausbildungsreife der Schulabgänger sicherzustellen und allen jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, muss die Berufsorientierung zugleich Lebensorientierung sein, in das gesamte Unterrichtsgeschehen ab Klasse 7 integriert sein und konzeptionell verbessert werden. Darüber hinaus müssen die allgemein bildenden und die berufsbildenden Schulen systematisch zusammenarbeiten. Von der Möglichkeit der Teilqualifizierung und der gestuften Ausbildung soll stärker Gebrauch gemacht werden. Mit mehr individueller Betreuung und Förderung soll der Anteil der Berufsausbildungsabbrecher mittelfristig halbiert werden. Hierzu wird die Schulsozialarbeit an den Beruflichen Schulen ausgebaut und die Sprachförderung für Migranten

211 durch Sprachkurse an den Beruflichen Schulen erweitert. Die bewährten Ausbildungsgänge an den
212 Berufsfachschulen werden bedarfsgerecht ausgebaut.

213

214 **1.7 SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT BEREICHERN UNSER BILDUNGSSYSTEM**

215 Die CDU Schleswig-Holstein misst den Schulen in freier Trägerschaft eine hohe Bedeutung zu. Wir
216 verstehen unsere Privatschulen nicht als Konkurrenz zu den staatlichen Schulen, sondern sehen in
217 ihnen eine Bereicherung des Bildungsangebotes in unserem Land.

218 Wir haben erreicht, dass die Wartefrist bis zum Einsetzen der staatlichen Bezuschussung für Schu-
219 len in freier Trägerschaft auf zwei Jahre verkürzt wird. Ferner haben wir erwirkt, dass es keine Zu-
220 schusskürzung für die Schuljahre 2011/2012 und 2012/2013 geben wird.

221 • Wir werden uns auch in Zukunft für die Unterstützung und Förderung der Schulen in freier
222 Trägerschaft einsetzen.

223 • Die CDU Schleswig-Holstein tritt für ein überarbeitetes und transparentes Finanzhilfesys-
224 tem ein.

225

226 **1.8 GANZTAGSSCHULE: VERLÄSSLICHER RAHMEN FÜR KINDER UND ELTERN**

227 Eine ganztägige Betreuung eröffnet allen Schülerinnen und Schülern die Chance, sich mithilfe ei-
228 nes differenzierten Bildungs- und Erziehungsangebots in ihrer Persönlichkeit und in ihren Fähigkei-
229 ten weiterzuentwickeln. Ganztagschulen geben Eltern und Kindern einen verlässlichen Rahmen,
230 durch den Schule eine andere pädagogische Qualität erhält. Damit mehr Schülerinnen und Schüler
231 von diesem Angebot profitieren können, wurden mit der CDU die Betriebskostenzuschüsse für
232 Offene Ganztagschulen auf 19,8 Millionen Euro erhöht.

233 Die Bevorzugung einzelner Schularten haben wir beendet. Das Ganztagsschulprogramm ist auch
234 auf die Gymnasien ausgeweitet worden.

235 Inzwischen gibt es 15 gebundene Ganztagschulen in Schleswig-Holstein.

236 • Es soll an allen Schularten in zumutbarer Entfernung ein echtes Ganztagsangebot entwi-
237 ckelt werden, das über die reine Betreuung der Kinder nach Unterrichtsschluss hinausgeht.

238 • Für die Einführung von weiteren Ganztagschulen fordern wir ein pädagogisches Konzept.

1.9 SCHULSOZIALARBEIT –

EINE ANTWORT AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN IN UNSEREN SCHULEN

Gesellschaftliche Fehlentwicklungen stellen uns vor die Herausforderung, vermehrt Erziehungsprobleme in den Schulen aufzufangen. Daher hat die CDU-geführte Landesregierung erstmalig Mittel für die Schulsozialarbeit in den Grundschulen bereitgestellt. Darüber hinaus setzen wir uns für die Schulsozialarbeit an allen Schulen ein. Dabei unterstützt uns die Bundesregierung mit erheblichen Mitteln.

1.10 TEILHABE DURCH BILDUNG UND INKLUSION

Bei der Förderung von Kindern mit Behinderung leitet uns das Ziel uneingeschränkter Teilhabe (Inklusion). Dabei steht die Individualität eines jeden Kindes im Mittelpunkt. Daran muss sich die Förderung orientieren. Die Heilpädagogischen Kindertagesstätten und die Förderzentren übernehmen die wichtige Aufgabe, den speziellen Bedürfnissen von Kindern mit Behinderung sowohl integrativ als auch als eigener Lernort gerecht zu werden.

Wir setzen die Forderungen der UN-Behindertenkonvention im Sinne der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung um. Inzwischen werden in Schleswig-Holstein rund 50% der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung integrativ in Kindertagesstätten und Regelschulen betreut und beschult. Das Prinzip der Inklusion wurde im Schulgesetz verankert.

Die CDU setzt sich dafür ein:

- die Arbeit in den heilpädagogischen Kindertagesstätten fortzuführen;
- die integrative Betreuung und Beschulung in Kindertagesstätten und Schulen weiter zu unterstützen;
- dass Förderzentren auch weiterhin Lernorte für Kinder mit Behinderung sind, die die intensive Förderung durch Sonderpädagogen in der Kleingruppe bieten. Darüber hinaus sollen die Förderzentren in Zusammenarbeit mit den Regelschulen Modelle für Kompetenzzentren entwickeln, in denen Kinder mit und ohne Behinderung beschult werden.

268 **1.11 HOCHBEGABTEN EINE CHANCE GEBEN**

269 Das Prinzip der individuellen Förderung umfasst für die CDU Schleswig-Holstein auch die Förde-
270 rung von hochbegabten Kindern, denn jedes Kind hat ein Recht darauf, seinen Begabungen ent-
271 sprechend gefördert zu werden.

272 In dieser Legislaturperiode wurde die Hochbegabtenförderung in erheblichem Maße ausgebaut. Es
273 stehen Kompetenzzentren zwischen Kita und Grundschule zur Verfügung und in jeder Region gibt
274 es ein Gymnasium, das sich der Hochbegabtenförderung annimmt. Auch die Mittel im Haushalt für
275 diese Maßnahmen wurden deutlich erhöht. Die Hochbegabtenförderung wurde ins Schulgesetz
276 aufgenommen.

- 277 • Die CDU setzt sich dafür ein, dass im gesamten Land „Hochbegabtenklassen“ und „Kompe-
278 tenzzentren zur Hochbegabtenförderung“ schrittweise eingeführt werden.
- 279 • Einhergehen müssen diese Maßnahmen mit der entsprechenden Aus- und Fortbildung un-
280 seres Lehrpersonals. An jeder Grundschule muss es eine speziell ausgebildete Diagnostik-
281 Fachkraft für Hochbegabung geben.

282

283 **1.12 LEBENSLANGES LERNEN IST WICHTIGER DENN JE**

284 Um das lebenslange Lernen zu fördern, werden an den Schulen die Aus-, Fort- und Weiterbildung
285 besser verzahnt, die Fachschulangebote erweitert und das Nachholen von Berufsabschlüssen stär-
286 ker als bisher ermöglicht. Dazu gehört auch, dass die Anschlüsse verbessert und erworbene Vor-
287 kenntnisse und Kompetenzen systematisch auf ein Hochschulstudium angerechnet werden. Das
288 erfolgreiche triale Modell (Betrieb-Berufsschule-Hochschule) wird ausgebaut und auf weitere ge-
289 eignete Ausbildungsberufe übertragen. Auch soll die Doppelqualifizierung Abitur plus Berufsaus-
290 bildung in dafür geeigneten Berufen eingeführt werden.

291

292 **1.13 KONFESSIONELLEN RELIGIONSUNTERRICHT STÄRKEN**

293 Die CDU wird auch weiterhin daran arbeiten, den konfessionellen Religionsunterricht an den Schu-
294 len zu stärken. Dazu gehört insbesondere, dass für diesen Unterricht ausreichend und qualifizierte
295 Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

296 Die Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Landesregierung in Fragen des Religionsunter-
297 richtes ist zu stärken, um Projekte und Aufgaben gemeinsam umzusetzen.

298

299 **1.14 LEHRKRÄFTE STÄRKER DUAL AUSBILDEN UND LAUFEND FORTBILDEN**

300 Guten Unterricht kann es nur mit einer fundierten Lehrerausbildung geben. Wir wollen die anste-
301 hende Reform der Lehrerausbildung dafür nutzen, verstärkt Praxisinhalte schon in der Anfangs-
302 phase des Studiums mit aufzunehmen.

303 Zukünftig gibt es ein Lehramt für Grundschullehrer und ein Lehramt für Regional- und Gemein-
304 schaftsschullehrer. Wir setzen weiterhin auf eine eigenständige Ausbildung von Gymnasiallehrern.

305 Wir wollen sicherstellen, dass Lehrkräfte sich fachlich und pädagogisch regelmäßig fort- und wei-
306 terbilden. Die Fortbildung muss für alle Lehrkräfte verpflichtend gemacht werden und als Teil ihres
307 Dienstes anerkannt werden.

308 Die Qualität der Lehrerausbildung an der Universität wird gesichert, die Schulpraxis während des
309 Studiums ausgeweitet und der Vorbereitungsdienst durch mehr Ausbildungsberatung verbessert.
310 Je nach Bedarf werden verstärkt Quer- und Seiteneinstiege ermöglicht. Die Angebote des IQSH an
311 fachlicher, fachdidaktischer und berufspädagogischer Lehrerfort- und -weiterbildung werden
312 deutlich ausgeweitet und qualitativ verbessert.

313

314 **1.15 BERUFLICHE SCHULEN LAUFEND MODERNISIEREN** 315 **UND NOCH FLEXIBLER MACHEN**

316 Die Beruflichen Schulen sind die Brücke zum Arbeitsmarkt und direkter Partner der ausbildenden
317 Wirtschaft. Sie müssen deswegen auf dem technisch neuesten Stand sein und den Schülerinnen
318 und Schülern moderne Lernbedingungen bieten und laufend erneuert werden. Um regionale Be-
319 sonderheiten besser in die Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen einbeziehen zu können,
320 werden ihre Eigenständigkeit und Selbstverantwortung weiter ausgebaut. Als Regionale Berufsbil-
321 dungszentren eröffnen sich ihnen neue Wege, in Abstimmung mit regionalen Partnern bedarfsge-
322 rechte und qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu gestalten.

323

1.16 BERUFLICHE GYMNASIEN SIND DIE OBERSTUFE DER SCHULEN DES SEKUNDARBEREICHES I

Dieser Weg zum Abitur ist bei den leistungsstarken Schulabgängern mit mittlerem Bildungsabschluss und deren Eltern sehr beliebt und ist eine willkommene Alternative zu den achtjährigen Gymnasien und dem Abitur nach 12 Jahren. Er sichert die Durchlässigkeit des gesamten Schulsystems und wird auch in der Wirtschaft sehr geschätzt. Die Zahl der Klassen am Beruflichen Gymnasium und die angebotenen Fachrichtungen werden deswegen bedarfsgerecht schrittweise erhöht.

Fit machen für Europa

In den Beruflichen Schulen müssen die Schülerinnen und Schüler letztlich für den europäischen Arbeitsmarkt fit gemacht werden. Dazu gehören sowohl mehr bilinguale Unterrichtsangebote und mehr Sprachunterricht (z.B. Dänisch) als auch die Ausweitung des Lehrlingsaustausches und der Zahl der Auslandspraktika. Mittelfristiges Ziel ist es, den Lehrlingsaustausch zu verdoppeln. Darüber hinaus werden mehr grenzüberschreitende Bildungsgänge (z.B. mit DK) entwickelt, ein Auslandsaufenthalt in der Lehrerausbildung soll ermöglicht werden.

1.17 JUNGE MENSCHEN FÜR FORSCHUNG BEGEISTERN

Um bei jungen Menschen sehr frühzeitig die Begeisterung für Forschung zu wecken, insbesondere an den sog. MINT-Fächern, wollen wir die Möglichkeiten des Projektes „Haus der kleinen Forscher“ noch stärker nutzen.

Die CDU unterstützt die an schleswig-holsteinischen Schulen fest verankerte Teilnahme am Wettbewerb Jugend forscht; MINT-Inhalte werden wir ressortübergreifend in Partnerschaften von Wirtschaft und Wissenschaft schon in Kindergärten vermitteln und von der Grundschule an noch verstärkter in die Lehrpläne integrieren. Die vom Land SH geförderten Institute IPN und IQSH werden ihre Beiträge liefern.

1.18 HOCHSCHULSTANDORT STÄRKEN

Schleswig-Holstein hat trotz großer Sparanstrengungen den finanziellen Aufwuchs der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, den Hochschulpakt I und II, die Kofinanzierung der zusätzlichen

353 Studienanfänger durch die Aussetzung der Wehrpflicht sowie den Pakt für Forschung und Innova-
354 tion vollständig umgesetzt.

355 Bildung, Forschung und die Entwicklung innovativer Produkte sind entscheidend für die Zukunfts-
356 fähigkeit Schleswig-Holsteins. Unsere Hochschulen sind der zentrale Ort zur Gewinnung wissen-
357 schaftlicher Erkenntnisse und zur Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Die CDU Schleswig-
358 Holstein wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Hochschulen des Landes ihre wichtige ge-
359 samtgesellschaftliche Funktion adäquat wahrnehmen können. Wir stehen zu den drei Universitäts-
360 standorten Flensburg, Kiel und Lübeck. Die Mediziner Ausbildung an den Standorten Kiel und Lü-
361 beck in Verbindung mit dem UKSH werden wir auch künftig erhalten.

362 Die CDU-geführte Landesregierung hat die Ausgaben für den Hochschulbereich in den letzten
363 Jahren deutlich gesteigert und damit zu einer Stärkung des Hochschulstandortes Schleswig-
364 Holstein beigetragen. Die Erhebung von Studiengebühren ist nicht vorgesehen.

365

366

367 ***Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft weiter befördern***

368 Bereits heute leisten unsere staatlichen und privaten Hochschulen sowie außeruniversitären Ein-
369 richtungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes einen bedeutenden Beitrag, der durch
370 sorgfältige und gezielte Innovationsförderung des Wissenschafts- und Wirtschaftsministeriums in
371 der jetzigen Legislaturperiode maßgeblich unterstützt wurde. Unternehmen finden im Austausch
372 mit der Wissenschaft Lösungsmöglichkeiten für betriebliche Herausforderungen und können so
373 die Entwicklung von ersten Ideen zu tatsächlichen Innovationen betreiben.

374 Die CDU SH wird die Wertschöpfung, die Beschäftigung und den Wohlstand, der sich gerade für
375 unsere Vielzahl klein- und mittelständischer Unternehmen aus der Umsetzung innovativer Produk-
376 te und Ideen ergibt, weiterhin aktiv fördern.

377

378

379 ***Differenzierung des Hochschulsystems weiter vorantreiben***

380 Unser Hochschulsystem hat in den zurückliegenden Jahren Beachtliches geleistet. Schleswig-
381 Holsteinische Universitäten und Fachhochschulen sind sehr erfolgreich beim Einwerben von
382 Drittmitteln aus EU-, Bundes- und sonstigen Förderprojekten.

In Anlehnung an die aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrats werden wir die Differenzierung unseres Hochschulsystems weiter vorantreiben. So bieten wir den Studierenden ein breiteres Angebotsspektrum, einen verbesserten Zugang zum Hochschulsektor sowie eine verbesserte Durchlässigkeit innerhalb des Hochschulsektors. Die Hochschulen können sich intensiver auf ihre Stärken konzentrieren, statt mit ihren begrenzten Ressourcen sämtliche Aufgaben erfüllen zu müssen. Die verstärkten Differenzierungsbemühungen der Hochschulen werden in der Summe zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und Sichtbarkeit der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft führen. Den Ausbau der Universität zu einer Stiftungsuni wollen wir gewährleisten.

Hochschulen sind ein entscheidender Faktor für die Attraktivität ihrer Region. Die CDU Schleswig-Holstein wird den Dialog zwischen Hochschulen und den Entscheidungsträgern ihrer Region fördern.

Die Werbung von Studierenden stellt ein ganz wesentliches Differenzierungskriterium dar, das über die Suche nach „den besten Köpfen“ hinausgeht. So bedarf es künftig maßgeschneiderter Angebote für spezifische Zielgruppen, der Ausdifferenzierung der Studienformate für verschiedene Studierendenprofile wie beispielsweise berufstätige Studierende oder Studierende mit Kindern.

Die Fachhochschulen wollen wir – auch unter dem Aspekt der Durchgängigkeit des Bildungssystems – unterstützen, kooperative Promotionen anzubieten. Innerhalb anwendungsbezogener Forschungsschwerpunkte wird so die Attraktivität unserer Fachhochschulen gesteigert und an den Universitäten eine Ergänzung zur Grundlagenorientierung und Erweiterung der Handlungsfelder geschaffen.

Die fortschreitende Differenzierung des Hochschulsystems fordert auch die Wissenschaftsadministration zu einer intensiven Reflexion über ihre politisch-strategische Steuerungsfunktion heraus. Daher werden wir das Steuerungsverhältnis zwischen Staat und Hochschulen entsprechend der Differenzierungserfolge des Hochschulsystems weiterentwickeln.

1.19 BILDUNGSABSCHLÜSSE VERGLEICHBAR MACHEN – KOOPERATIONSVERBOT AUFHEBEN

Wir treten für vergleichbare bundesweite Standards ein. Zwischen den Bundesländern muss die Vergleichbarkeit erhöht werden. Bildungsabschlüsse müssen vergleichbar sein und auch der Inhalt der Lehrpläne und der Lehrerausbildung müssen sich an die bereits bestehenden Bildungsstandards anpassen. Bund, Länder und Kommunen müssen die Bildung auch in der Finanzplanung für

414 Bildung zusammenarbeiten können. Dazu muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Län-
415 dern aufgehoben werden.

416

417 **1.20 ERWACHSENEN- UND WEITERBILDUNG FÜR LEBENLANGES LERNEN**

418 Lebenslanges Lernen und nachhaltige Wissensvermittlung besitzen für die CDU einen hohen Stel-
419 lenwert. In Schleswig-Holstein finden wir ein vielschichtiges Angebot im Bereich der Erwachsenen-
420 und Weiterbildung vor. Im Zusammenwirken mit den Kommunen werden wir für die Menschen in
421 Schleswig-Holstein auch zukünftig eine ortsnahe und flächendeckende Infrastruktur an Weiterbil-
422 dungseinrichtungen vorhalten.

423 Hierbei geht es uns insbesondere um folgende Bereiche:

- 424 • Dem bereits vorhandenen Fachkräftemangel wollen wir begegnen, indem wir u.a. die Teil-
425 habe an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung erhöhen. Dies gilt insbesondere für
426 Frauen sowie für über fünfzigjährige Arbeitnehmer. Gut aus- und weitergebildete Arbeit-
427 nehmer sind der Grundstock für ein gesundes Unternehmen und ein wichtiger Faktor für
428 die Innovationskraft unseres Landes.
- 429 • Eine Schlüsselstellung im Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung kommt den Volks-
430 hochschulen sowie deren Landesverband zu. Die Volkshochschulen leisten einen wichtigen
431 Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Mit der Durchführung von
432 Alphabetisierungskursen und nachgeholt Schulabschlüssen erhalten Menschen bessere
433 Chancen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die Umsetzung dieses öffentlichen Auftrags
434 wird von uns unterstützt. Der Landesverband der Volkshochschulen als Steuerungseinrich-
435 tung ist Initiator für das zukunftsweisende Projekt „VHS 2020“, welches wir ausdrücklich
436 begrüßen und auch weiterhin begleiten werden.
- 437 • Die Bildungsstätten in unserem Lande halten nicht nur ein breitgefächertes Bildungsange-
438 bot vor, sie erbringen auch eine beachtliche volkswirtschaftliche Leistung. Wir werden die
439 Bildungsstätten in ihrer individuellen Zielsetzung stärken. Den Schwerpunkt werden wir
440 hierbei auf die kulturelle Bildung, die politische Bildung und die Jugendbildung setzen.
441 Damit möchten wir insbesondere junge Menschen für kulturelle und politische Themen
442 begeistern und zur Einmischung in aktuelle Bereiche motivieren. Darüber hinaus wird un-
443 ser Land aufgrund des kulturellen Angebotes von einem gesunden Bildungs- und Kultur-
444 tourismus auch wirtschaftlich profitieren.